Unterjährige Finanzberichterstattung

Bericht 1/2012 für die Monate Januar bis April (Beteiligungen Januar bis März)

Nach dem ersten Kurzbericht in der Mai-Sitzung des Ältestenrates und Finanzausschusses legt die Verwaltung erstmals für die Monate Januar bis April eine unterjährige Finanzberichterstattung für die Stadt Nürnberg, sowie eine Quartalsberichterstattung für ausgewählte Beteiligungen vor. Die Darstellung der Beteiligungen erfolgt im nicht-öffentlichen Teil.

Der Bericht ist entsprechend des Konzeptes in drei Teile gegliedert:

- Gesamthaushaltssicht
- Dienststellenebene
- Beteiligungen (Bericht im nicht-öffentlichen Teil)

Teil 1: Gesamthaushalt

Im ersten Teil der unterjährigen Finanzberichterstattung wird der Gesamthaushalt der Stadt analysiert. Hierzu wird der Fokus insbesondere auf die wichtigsten Ertrags- und Aufwandspositionen gelegt. Informationen zum Liquiditätsstand der Stadt runden die Betrachtung ab.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ertrags- und Aufwandskonten dargestellt.

Dies sind u.a.

- Steuererträge
- Schlüsselzuweisungen
- Bezirksumlage
- Weitere Erträge (u.a. aus Zuweisungen und Zuschüssen)
- Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Entgelte
- Erträge aus Kostenerstattungen und Umlagen
- Personalaufwendungen
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- Transferaufwendungen
- Zinsaufwendungen

Berichtet wird dabei zum Kenntnisstand des jeweiligen Stichtages. Je nach Kategorie ist dies das voraussichtliche Ist (z.B. bei den Schlüsselzuweisungen oder der Bezirksumlage), das Anordnungssoll (Grundsteuer B, Gewerbesteuer) oder der jeweilige Buchungsstand.

Für folgende zentrale Ansätze liegen neuere Erkenntnisse bzgl. des zu erwartenden Jahreswerts vor:

Beträge in T€	vorauss. Ist 2012	Plan 2012	Abw. Ist/Plan 2012	Ist 2011	Abw. Ist 2012/2011
Schlüsselzuweisungen	-148.395	-137.600	-10.795	-161.450	13.055
Beteiligungsbetrag an der Einkommensteuer	-208.838	-205.340	-3.498	-192.263	-16.576
Beteiligungsbetrag am Einkommensteuerersatz	-19.798	-18.465	-1.333	-17.613	-2.185
Beteiligungsbetrag an der Umsatzsteuer	-42.131	-41.576	-555	-40.313	-1.818
Beteiligungsbetrag am Umsatzsteuer-Härteausgleich	-2.361	-2.387	26	-3.541	1.180
Bezirksumlage	145.435	*139.805*	5.630	131.706	13.729

Hinweis: Der SAP-Logik folgend, haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Aufwände mit Pluszeichen und Erträge mit einem Minuszeichen versehen.

Bei einer Hochrechnung der Abschlagszahlungen der Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen kann nach heutigem Erkenntnisstand von einem Erreichen, eventuell sogar von einem leichten Übertreffen der Haushaltsplanansätze ausgegangen werden.

Für Gewerbe- und Grundsteuer B wird das aktuelle Anordnungssoll den Vorjahres- und Planwerten gegenübergestellt:

Beträge in T€	Anordnungssoll zum 30.04.2012	Anordnungssoll zum 30.04.2011	Abw. 2012/2011 zum jeweils 30.04.	Ist 2011	Plan 2012	Abw. Ist/Plan 2012
Grundsteuer B	-111.525	-100.725	-10.800	-101.094	-113.500	12.406
Gewerbesteuer brutto	-315.963	-260.970	-54.993	-353.958	-413.070	59.112
Gewerbesteuerumlage	13.982	11.723	2.259	53.029	64.687	-11.658

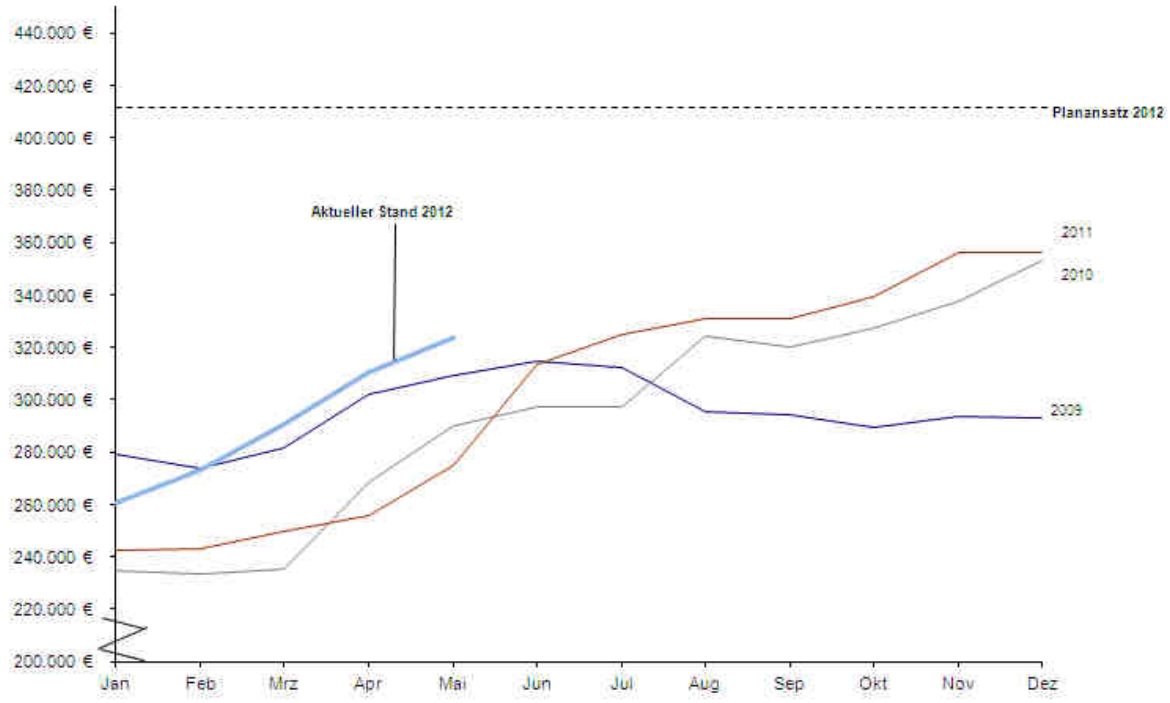
Das Anordnungssoll der Grundsteuer B für das gesamte Jahr wird bereits zu Jahresbeginn gebucht, unterliegt aber im Jahresverlauf noch u. U. erheblichen Veränderungen. In den Zahlen spiegelt sich die 9,2%-ige Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 490 % auf 535 % wider.

Bei der Gewerbesteuer ist das derzeitige Anordnungssoll der Gewerbesteuer mit Stand 30.04. dargestellt. Relevant ist hierbei vor allem der Vergleich zum Anordnungssoll des Vorjahres, der mit aktuell 316 Mio. Euro deutlich über den 261 Mio. Euro des Vorjahres liegt. Der Istwert am Jahresende kann aus den absoluten Zahlen noch nicht abgeleitet werden.

Auch die Verlaufsgrafik des „laufenden Soll“ der Gewerbesteuer(hier bereits dargestellt bis einschließlich Mai 2012) zeigt eine konstant ansteigende Kurve. Der Planwert von 413,1 Mio. Euro scheint bei einer weiteren gleichmäßigen Steigerung der Werte analog zu den Jahren 2011 und 2010 realisierbar.

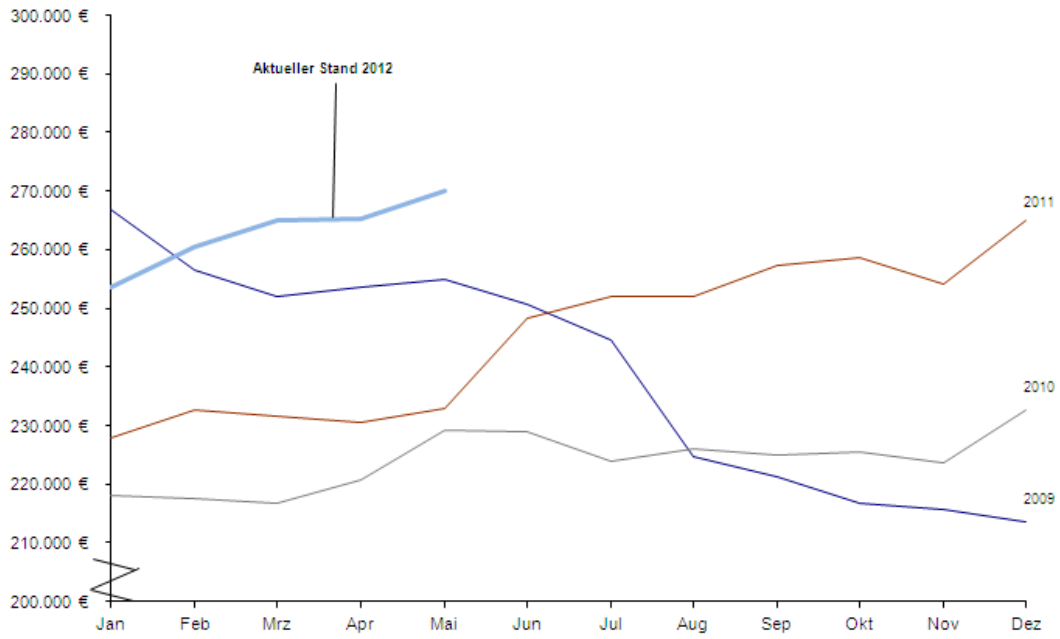
Auch die Entwicklung der Vorauszahlungen entwickelt sich – ausgehend von einem hohen Ausgangsniveau in den ersten Monaten sehr zufriedenstellend. Die konjunkturellen Risiken in der zweiten Jahreshälfte mit einem raschen Rückgang der Vorauszahlungen bleiben jedoch bestehen. Insofern sind jegliche Spekulationen über ein deutliches Übertreffen des Planansatzes ohne Grundlage.

Abbildung: Unterjährige Entwicklung „laufendes Soll“ bei der Gewerbesteuer (in TEuro)



Zur Darstellung und Hintergrundinformation
Das sogenannte „laufende Soll“ der Gewerbesteuer besteht aus den erwarteten Vorauszahlungen, den geänderten Vorauszahlungen früherer Jahre und endgültigen Veranlagungen. Die Ergebnisse der Veranlagungen berücksichtigen i.d.R. die konkreten Steuerforderungen, die mehrere Jahre zurückliegen.

Abbildung: Verlauf der Vorauszahlungen bei der Gewerbesteuer (in TEuro)



Zur Darstellung und Hintergrundinformation
Die Darstellung zeigt die Entwicklung der Vorauszahlungen der Gewerbesteuer. Die Vorauszahlungen basieren i.d.R. auf der Veranlagung des letzten festgestellten Betriebsergebnisses. In Erwartung einer schlechteren Ertragskraft des Unternehmens besteht die Möglichkeit, diese Vorauszahlungen kurzfristig per Antrag nach unten anzupassen. Die Kurven spiegeln daher nur zukünftige Trends bezüglich der absoluten Höhe der Gewerbesteuereinnahmen wider.

Hinweis:

Da eine Planung trennscharf auf Quartale aufgrund des damit verbundenen Aufwands und nicht steuerbaren zeitlichen Schwankungen des Anfalls von Erträgen und Aufwendungen nicht umgesetzt werden kann, können Ungenauigkeiten in den Zahlen durch eine zeitlich unterschiedliche Verbuchung auftreten.

Beträge in T€	Ist 30.04.2012	Anteiliger Planwert bis 30.04.2012	Abw. Ist/Plan	Jahresplan-wert 2012	Anteil Ist bis 30.04.2012 am Jahres-planwert 2012	Ist 30.04.2011	Ist 2011	Anteil Ist bis 30.04.2011 am Jahres-Ist 2011
+ Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schlüsselzuweisung)	-64.360	-64.368	8	-193.323	33,29%	-72.729	-208.886	34,82%
+ Sonstige Transfererträge	-1.898	-1.626	-272	-4.878	38,91%	-1.817	-5.310	34,22%
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.053	-18.992	939	-60.546	29,82%	-18.040	-56.189	32,11%
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.169	-12.031	-2.138	-36.291	39,04%	-13.275	-38.719	34,29%
+ Erträge Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-27.137	-46.465	19.328	-139.395	19,47%	-26.121	-134.896	19,36%
+ Sonstige ordentliche Erträge	-18.144	-19.303	1.159	-57.909	31,33%	-17.744	-72.550	24,46%
+ Finanzerträge	-3.689	-10.005	6.316	-30.014	12,29%	-2.325	-15.035	15,46%

Bei den Finanzerträgen handelt es sich insbesondere um die Verzinsung der Gewerbesteuer nach § 233 a AO.

Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind am aussagekräftigsten mit dem anteiligen Vorjahreswert zu vergleichen. Hier zeigen sich stabile Werte im Vergleich zu 2011.

Beträge in T€	Ist 30.04.2012	Anteiliger Planwert bis 30.04.2012	Abw. Ist/Plan	Jahresplan-wert 2012	Anteil Ist bis 30.04.2012 am Jahres-planwert 2012	Ist 30.04.2011	Ist 2011	Anteil Ist bis 30.04.2011 am Jahres-Ist 2011
- Personalaufwendungen Aktiv	94.141	98.864	-4.723.099	311.207	30,25%	93.617	296.806	31,54%
- Personalaufwendungen Passiv	22.203	56.350	-34.147.124	172.524	12,87%	22.944	163.891	14,00%
- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	46.345	64.524	-18.179.304	200.292	23,14%	39.454	188.390	20,94%
- Transferaufwendungen, **Detailaufriß s.u.**	195.783	200.904	-5.121.256	602.713	32,48%	179.946	569.322	31,61%
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.991	21.090	-3.098.895	63.264	28,44%	19.149	67.096	28,54%
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.955	2.509	3.445.791	53.127	11,21%	8.137	53.750	15,14%

Bei den Personalaufwendungen Aktiv ist generell zu beachten, dass die Verläufe insbesondere durch das Weihnachtsgeld nicht vollständig proportional über das Jahr hinweg verlaufen.

Bei den Personalaufwendungen Passiv wird ein großer Anteil der Aufwendungen (Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen) erst zum 31.12. gebucht. Daher empfiehlt sich hier ebenfalls ein Vergleich mit dem Vorjahr – dieser zeigt eine relativ geringe Abweichung vom Vorjahresstand.

Interessant ist, dass die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen noch deutlich unter dem anteiligen Planwert für das Gesamtjahr liegen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass z. B. Zeitpunkte für Mittelabflüsse unregelmäßig über das Jahr verteilt sind. Zudem lässt der Vorjahreswert darauf schließen, dass die Aufwendungen grundsätzlich erst leicht verzögert im Laufe der Haushaltsjahres anfallen: Im Vorjahr wurden zum gleichen Zeitpunkt knapp sieben Millionen weniger verausgabt.

Die Aufwendungen für Zinsen sind stark abhängig von den vereinbarten Zinsterminen (meist halbjährliche Zahlungen) und fallen daher unregelmäßig über das Jahr verteilt an. Auch die Erstattungszinsen (Gewerbesteuer) sind hier enthalten.

Beträge in T €

Weitere Transferaufwendungen	Ist 30.04.2012	Anteilliger Planwert bis 30.04.2012	Abw. Ist/Plan	Jahresplan-wert 2012	Anteil Ist bis 30.04.2012 am Jahres-planwert 2012	Ist 30.04.2011	Ist 2011	Anteil Ist bis 30.04.2011 am Jahres-Ist 2011
Zuw. und Zuschüsse an dem übrigen Bereich Art. 1-5*	9.623	9.199	424	27.598	34,87%	12.503	29.977	41,71%
Verlustausgleiche Eigenbetriebe	440	3.406	-2.966	10.218	4,31%	400	9.979	4,01%
Verlustausgleiche StWN, Klinikum u.a.	0	3.515	-3.515	10.545	0,00%	0	1.265	0,00%

*) ohne Verlustausgleiche Eigenbetriebe und StWN/Klinikum

Die Verlustausgleiche der Eigenbetriebe und Beteiligungen wurden zum Stichtag – entgegen dem Vorjahr - weitestgehend noch nicht gebucht. Die übrigen Zuwendungen und Zuschüsse liegen leicht über dem anteiligen Planwert, jedoch ein gutes Stück unter dem Vorjahresvergleichswert.

Bei den Sozialtransferaufwendungen ergeben sich folgende Werte:

Transferaufwendungen Sozialbereich (direkt) in T€	Ist 30.04.2012	Anteilliger Planwert bis 30.04.2012	Abw. Ist/Plan	Jahresplan-wert 2012	Anteil Ist bis 30.04.2012 am Jahres-planwert 2012	Ist 30.04.2011	Ist 2011	Anteil Ist bis 30.04.2011 am Jahres-Ist 2011
Zuschüsse an soz.Einricht. (gesetzl./vertragl. - Art1/4)	15.827	21.985	-6.158	65.955	24,00%	14.399	64.940	22,17%
-> Kinderbetreuung	14.688	21.089	-6.401	63.268	23,22%	13.373	62.697	21,33%
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (freiw. - Art5)	731	851	-120	2.553	28,65%	226	2.065	10,96%
SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende	46.187	40.830	5.357	122.491	37,71%	47.562	117.338	40,53%
-> Lfd. Kosten der Unterkunft	44.122	37.833	6.288	113.500	38,87%	45.734	110.335	41,45%
SGB XII - Sozialhilfe (örtlicher Träger)	25.919	19.476	6.443	58.429	44,36%	21.700	56.262	38,57%
-> Hilfe zum Lebensunterhalt	1.591	1.588	3	4.764	33,40%	1.531	4.009	38,18%
-> Grundsicherung	16.780	12.586	4.194	37.757	44,44%	14.981	37.875	39,55%
-> Hilfe zur Gesundheit	4.245	1.943	2.302	5.829	72,82%	2.574	5.754	44,73%
-> Hilfe zur Pflege	2.124	1.787	337	5.361	39,61%	1.850	5.275	35,07%
SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe	25.004	21.940	3.064	65.820	37,99%	22.683	67.721	33,49%
-> Gebührenübernahme Kinderbetreuung	4.227	3.767	461	11.300	37,41%	4.192	11.840	35,40%
-> Heimunterbringung	11.260	10.167	1.093	30.500	36,92%	9.503	30.222	31,44%
Bildungs- und Teilhabepaket	1.217	2.143	-926	6.428	18,93%	5	2.340	0,23%
-> SGB II *	853	1.370	-517	4.110	20,75%	1	1.798	0,07%
-> WoGG/KiZ	337	723	-387	2.170	15,51%	4	490	0,84%
-> SGB XII/AsylbLG **	28	49	-22	148	18,63%	0	52	0,00%

*) in den Gesamtaufwendungen von "SGB II" bereits enthalten

**) in den Gesamtaufwendungen von "SGB XII" bereits enthalten

Beim SGB II und XII entsteht eine Plan/Ist-Abweichung durch eine Vorausbuchung, d.h. am Monatsende erfolgen bereits die Aufwendungen für den nächsten Monat (5 Monate Ist = 4 Monate Plan).

Insgesamt ist beim SGB II mit einer Unterschreitung der Ansätze durch die gute Arbeitsmarktlage zu rechnen. Steigende Mieten wirken dabei allerdings gegenläufig.

Bei der Grundsicherung (SGBXII) sind steigende Fallzahlen zu verzeichnen. Der Ansatz wird wahrscheinlich überschritten, jedoch sind erhöhte Erstattungen vom Bund zu erwarten. Das Sozialamt selbst hat wenig Einfluss auf die Anzahl der Antragsteller.

Der Anstieg der Leistungsberechtigten von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird durch die demographische Entwicklung in Nürnberg und den immer häufiger auftretenden unterbrochenen Erwerbsbiografien verursacht. Die Stadt Nürnberg dürfte auch bei dieser Entwicklung weiter nahe am Mittelwert der Benchmarking-Städte liegen. Gleichzeitig steigt weiterhin die Zahl der Leistungsberechtigten, für die Beiträge zur freiwilligen Krankenversicherung zu übernehmen sind. Im Jahr 2012 musste im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine deutliche Steigerung der Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden. Allerdings lässt sich der Anstieg je Leistungsberechtigten durch die Regelsatzerhöhung, die Einführung des neuen Bedarfs für Warmwasser sowie dem erhöhten Bedarf für Krankenversicherungsbeiträge erklären. Weiterhin wirken sich die

Kostensteigerungen bei der Grundmiete, den Nebenkosten und den Heizkosten direkt auf die Höhe der Sozialhilfeaufwendungen aus.

Bei den Hilfen zur Gesundheit ist das unterjährige „Ist“ wenig aussagekräftig, da hier mit Vorschüssen an die Krankenkassen gearbeitet wird, die erst am Jahresende mit dem konkreten Bedarf verrechnet werden.

Bei der Gebührenübernahme im SGB VIII ist durch den Platzausbau bei der Kinderbetreuung, insbesondere bei den Krippen und Horten mit einer Überschreitung des Ansatzes zu rechnen. Ab September zeichnet sich aber eine leichte Entspannung durch die 50-Euro-Gebührenübernahme durch den Freistaat für das letzte Kindergartenjahr ab.

Bei der Heimunterbringung sind steigende Fallzahlen, verstärkt kostenintensive therapeutische Plätze und insbesondere steigende Belegtage zu verzeichnen. Auch die Anzahl der Belegtage ist in diesem Segment ansteigend. Es erfolgt aktuell eine intensive Überprüfung der Bestandsfälle, inwieweit eine Änderung hin zu kostengünstigeren Settings bzw. eine Beendigung von Hilfen möglich ist. Die Inanspruchnahme kostenintensiver therapeutischer Heimplätze wird zukünftig einem restriktiven Fachcontrolling zugeführt. Die Vollzeitpflege wird ebenso fokussiert. Im Bereich der Vollzeitpflegen gemäß § 33 SGB VIII sind daher Fallzahlensteigerungen grundsätzlich gewünscht und gefordert. Die Anteil der Vollzeitpflegen bei Fremdunterbringungen soll so zulasten der (deutlich teureren) Heimunterbringungen stetig erhöht werden (Steigerung der Pflegequote; vgl. hierzu auch Vorschläge von Rödl & Partner zur Haushaltskonsolidierung).

Insgesamt wird aktuell das Controlling beim Jugendamt im Bereich der Hilfen zur Erziehung weiter ausgebaut. Weiterhin werden im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsvorschläge von Rödl und Partner aus dem Jahr 2009 Maßnahmen zur Kostenbegrenzung und zur Vermeidung weiterer Fallzahlsteigerungen in Einzelbereichen abgearbeitet.

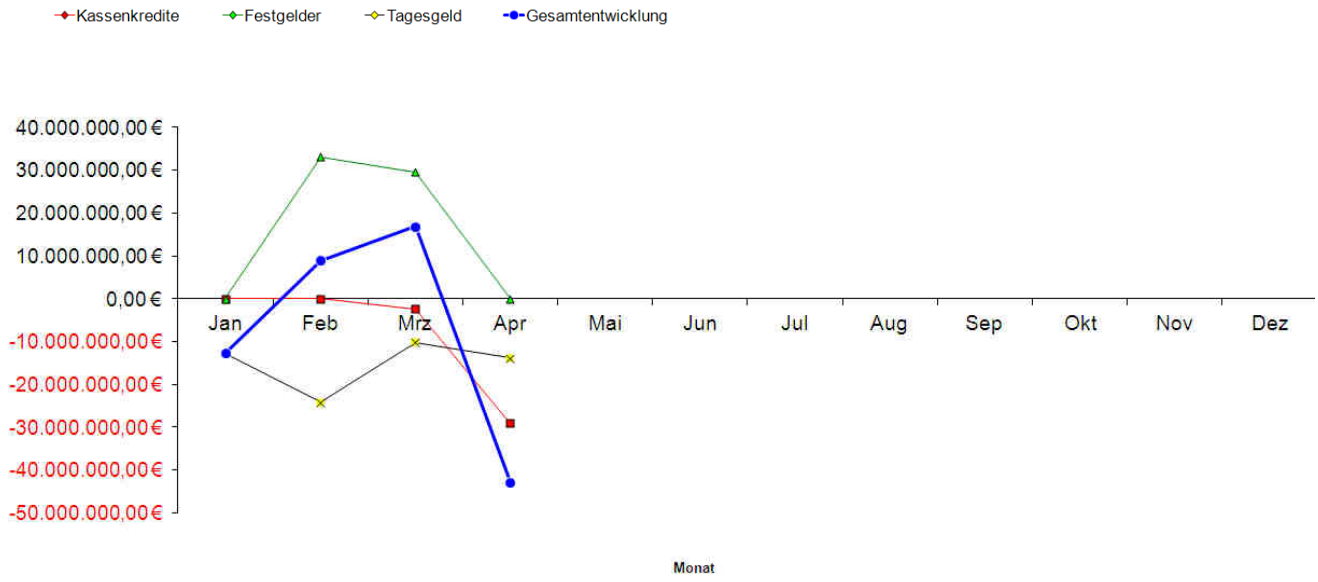
Mit Ausnahme des SGBII sind damit höhere Ist-Werte als zum entsprechenden Stand des Vorjahres zu verzeichnen. Auch beim anteiligen Planwert (bereinigt um die Vorausbuchungen) liegen die Aufwendungen für das SGB II deutlich unter den Planwerten. Beim SGB XII sind auch bei Bereinigung der Planwerte um die Vorauszahlungen Überschreitungen festzustellen.

Es ist davon auszugehen, dass die Ansätze im Rahmen der Deckungsringe innerhalb des Sozialamtes eingehalten werden können, wohingegen beim Deckungsring des Jugendamtes von einer Überschreitung ausgegangen werden kann. Nach heutigem Kenntnisstand kann noch nicht abschließend eingeschätzt werden, ob die reduzierten Aufwendungen beim SGB II ausreichen werden, die vermutlichen Mehraufwendungen beim SGB XII und SGBVIII zu kompensieren.

Liquiditätsstand

Die nachfolgende Grafik gibt den Verlauf der Kassenkredite, Festgeldanlagen und Tagesgelder bei Kreditinstituten wieder:

Abbildung: Durchschnittliche Entwicklung der Kassenkredite, Festgelder und Tagesgelder 2012



Die Liquiditätskurven sind geprägt durch die variablen Steuereingänge zu den Steuerterminen, Kreditaufnahme und Mittelabflüsse (u.a. für Gehalts- und Besoldungszahlungen, Investitionen). So sind die aktuell hohen Kassenkredite von 29 Mio. Euro eine Momentaufnahme gegen Ende des Monats April.

Dieser Umstand ist vor allem auf das äußerst günstige Zinsniveau im Bereich der Kassenkredite zurück zu führen. Auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit war es teilweise vorteilhafter, Festgelder beizubehalten und mit dem Tagesgeld im Soll zu operieren.

Desweiteren erfolgte im Vergleich zum Vorjahr bis April 2012 kein Abruf der noch vorhandenen Kreditermächtigung für Investitionen aus dem Vorjahr.

Teil 2: Dienststellen-Budgets

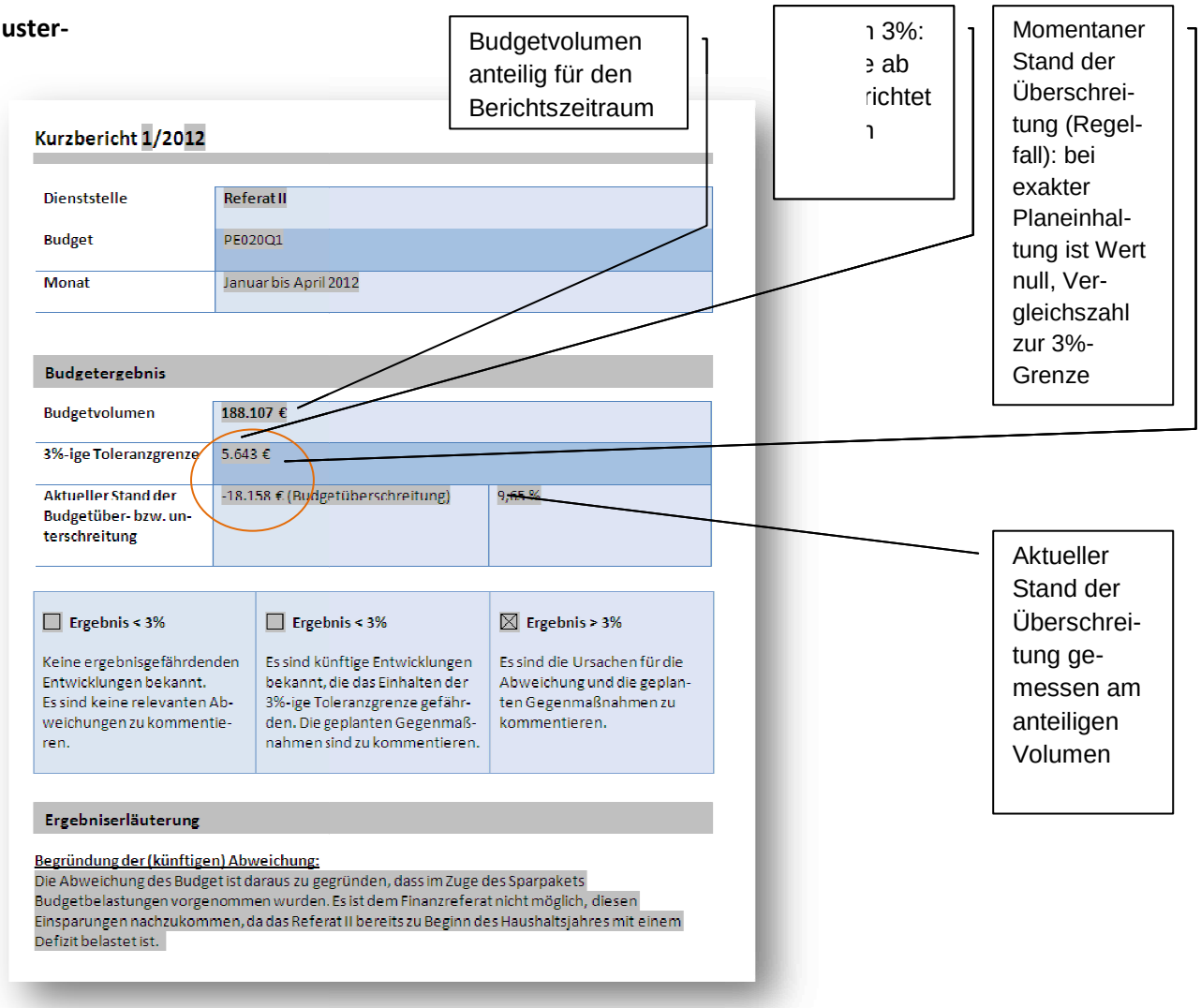
Im Rahmen der Analyse der Dienststellenbudgets soll das Hauptaugenmerk auf Abweichungen der Budgets vom Plan gelegt werden.

Für Budgets, deren negative Abweichung vom Plan über 3% (maßgeblicher Wert nach dem Budgethandbuch) liegt, ist eine kurze Analyse der Gründe durch die Dienststelle erforderlich, sowie eine Stellungnahme, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um diese Abweichung bis zum Jahresende wieder zurückzuführen. Die Einschätzung der Dienststelle wird ergänzt durch die Stellungnahmen der Stadtkämmerei (Stk) und dem Amt für Organisation, Informationsverarbeitung und Zentrale Dienste (OrgA), die ihrerseits die finanzielle und personelle Situation der Dienststelle analysieren. In diesem Fall werden die Berichte entsprechend dem folgenden Erfassungsformblatt abgedruckt. Nicht mit abgedruckt werden die Berichte, bei denen das prognostizierte Jahresergebnis 2012 auch nach Meinung der beteiligten Querschnittsverwaltung nicht die negative 3 %- Marke überschreiten wird.

Alle Dienststellen haben ihre Berichte vorgelegt.

Marktamt und Friedhofsverwaltung haben als externe Kostendecker ihre Berichte in einem eigenen Layout abgegeben, da die Formblätter für diesen Budgettyp nicht ausgelegt sind.

-Muster-



Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	Referat II
Budget	PE020Q1
Monat	Januar bis April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	188.107 €	
3%-ige Toleranzgrenze	5.643 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-18.158 € (Budgetüberschreitung)	9,65 %

☐ Ergebnis < 3%	☐ Ergebnis < 3%	☒ Ergebnis > 3%
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-ige Toleranzgrenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Die Abweichung des Budget ist daraus zu gegründen, dass im Zuge des Sparpakets Budgetbelastungen vorgenommen wurden. Es ist dem Finanzreferat nicht möglich, diesen Einsparungen nachzukommen, da das Referat II bereits zu Beginn des Haushaltsjahres mit einem Defizit belastet ist.

Budgetvolumen anteilig für den Berichtszeitraum

ı 3%: ɛ ab ɾichtet ı

Momentaner Stand der Überschreitung (Regelfall): bei exakter Planeinhaltung ist Wert null, Vergleichszahl zur 3%-Grenze

Aktueller Stand der Überschreitung gemessen am anteiligen Volumen

Die Werte der Über- bzw. Unterschreitungen der Budgets der Dienststellen sind nach den ersten vier Monaten noch mit Vorsicht zu genießen. Bei einigen Budgets wurden beispielsweise die Fehlbeträge der Vorjahre noch nicht gebucht, bei anderen sind bereits Erträge vorhanden, die über den relevanten Vier-Monats-Bereich hinaus gehen.

Nichtsdestotrotz lässt sich - wie auch bei den letztjährigen Budgetabschlüssen – bereits jetzt erkennen, dass sich eine ganze Reihe von Budgets, u.a. durch die jahrelange Vortragung von Fehlbeträgen, in einer Schieflage befinden, die eine Sanierung aus eigener Kraft kaum mehr zulassen. Dies ist umso erwähnenswerter, da sich die überwiegende Mehrzahl dieser Dienststellen redlich um zusätzliche Einsparpotenziale bemüht. Eine Lösung dieser Problematik wird mit der Neuaufstellung der Budgets im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes (als „outputorientierter Haushalt“) ab 2014 angestrebt. Hier wird es darum gehen, ausreichende Finanzmittel für die Erledigung der Aufgaben zur Verfügung zu stellen, wenngleich das Haushaltsvolumen insgesamt dadurch nicht überproportional erhöht werden darf.

Ein wenig positiver ist aus budgettechnischer Sicht die Situation bei den plafonierten Dienststellen (wobei der Bildungscampus als ein Plafond bewertet wird) und den internen Kostendeckern aus. Die externen Kostendeckern (Friedhofsverwaltung und Marktamt) haben bekanntermaßen mit erheblichen Finanzproblemen zu kämpfen. Die mit dem Finanzreferat, diskutierten Maßnahmen bewegen sich im Spannungsfeld von internen sparen und Verbesserung der Einnahmesituation auch durch Gebührenerhöhungen.

Von den 80 analysierten Budgets werden 56 (incl. 6 aus dem Bereich der plafonierten Dienststellen und Kosterdeckern) nicht vorgelegt, da die Überschreitung unterhalb der 3% Grenze lag bzw. bei Plafonds und Kostendeckern die Prognose positiv ausfiel. Bei 13 Budgets lagen zwar die Überschreitungen noch unterhalb der Grenze, aber ergebnisgefährdende Entwicklungen waren zum Stichtag bereits bekannt. Neun Budgets, sowie zwei Kostendecker haben ein Ergebnis oberhalb der Grenze vorgelegt, bzw. die Prognose fiel negativ aus.

Die komplette Übersichtstabelle ist auf den folgenden zwei Seiten abgedruckt:

Budget	Dst./Bezeichnung	Ergebnis <3%, keine Vorlage	Ergebnis < 3%, aber Vorlage wg. ergebnis-gefährdender Entwick-lungen	Ergebnis >3%, daher Vorlage
PE001F1	Integrationsrat	X		
PE001F2	Menschenrechtsarbeit	X		
PE001Q1	Bürgermeisteramt	X		
PE001Q2	Gemeindevertretung	X		
PE004Q1	Fb	X		
PE005Q1	GPR			X
PE010Q1	Ref. I		X	
PE010Q2	Ref. I /ASi		X	
PE010Q3	Ref. I/SKN	X		
PE020Q1	Ref. II			X
PE030F1	Ref. III	X		
PE040F1	3. BM (Schulen)	X		
PE040F2	3. BM/SPI		X	
PE050F1	Ref. V	X		
PE060F1	Ref. VI		X	
PE060F2	Vergabemanagement		X	
PE070F1	Ref. VII	X		
PE080F1	Ref. IV	X		
PE080F2	Ref. IV/MSH	X		
PE100F1	Fernsprechzentrale	X		
PE100F2	Lochgefängnisse			X
PE100Q1	OrgA-Zentrale Dienste			X
PE100Q2	Rathäuser / Ämtergeb.		X	
PE100Q3	Historischer Rathauss.	X		
PE100Q4	Betriebl. Sozialeinrichtung	X		
PE100Q5	OrgA-Job-Ticket	X		
PE105F1	BA/NOS	X		
PE110Q1	OrgA	X		
PE120Q1	PA	X		
PE120Q2	Personalabrechnung	X		
PE120Q4	Aus- und Fortbildung	X		
PE120Q5	Personalmanagementsystem	X		
PE130F1	Wahlen	X		
PE130Q1	Amt f. Stadtf. u. Statistik	X		
PE140Q1	Rpr	X		
PE150Q1	Pr	X		
PE160Q1	IB	X		
PE200Q1	Stk	X		
PE210Q1	KaSt- Kassenwesen	X		
PE210Q2	KaSt- Steuerwesen		X	
PE230F1	LA		X	
PE300Q1	RA			X

PE320F1	OA	X		
PE325F1	UwA	X		
PE330F1	EP	X		
PE340F1	StN		X	
PE370F1	FW	X		
PE370F2	FW/Telekomm.netz	X		
PE370F3	FW/Integr. Leitstelle	X		
PE402F1	SchB	X		
PE403F1	SchA (ehemals SchG)		X	
PE404F1	SchA (ehemals SchV)			
PE410F1	KuM	X		
PE412F1	Av	X		
PE415F1	Tg/Forst	X		
PE418F1	KuKuQ	X		
PE471F1	KuF -Musikschule	X		
PE500F1	SHA			X
PE511F1	SenA	X		
PE520F1	J		X	
PE530F1	Gh	X		
PE560F1	SpS			X
PE610F1	Stpl	X		
PE615F1	Vpl			X
PE620F1	Geo	X		
PE630F1	BoB	X		
PE640F1	H	X		
PE640F2	H/Denkm.pfl.		X	
PE655F1	U-Bahnbauamt		X	
PE670F1	WS	X		
PE720F1	Land- u. Forstwirtschaft	X		
PE750F1	WiV	X		

Plafonierte und Kosten-decker		Prognose positiv (keine Vorlage)	Prognose negativ (Vorlage)	
PE413P1	BCN (StB)	X		
PE415P1	Tiergarten	X		
PE416P1	KuF	X		
PE417P1	BZ			
PE720K1	ML		X	
PE740K1	Frh		X	
PE010K1	BÄD	X		
PE110K1	OrgA-IuK	X		
PE200K1	Stk-Stiftungsverwaltung	X		

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Gesamtpersonalrat**
Budget	PE005Q1
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**171.940 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	5.158 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-18.067 € (Budgetüberschreitung)	10,5 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☐ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☒ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Bereinigt wären es nur 5 %.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Die unabweisbaren Mittel müssen nachträglich noch bewilligt werden (Mietkosten, Personalkosten für Personalratsmitglieder), um ein weiteres Anwachsen des Defizits zu verhindern.

Stellungnahme Stk:
Stk teilt die negative Prognose von GPR. Gleichzeitig werden die Einsparbemühungen anerkannt. Im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes werden aktuell Lösungsansätze diskutiert, um dem Defizit des Budgets entgegenzuwirken.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Ref. I**
Budget	E01001
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**217.521,- €**	
3%-ige Toleranzgrenze	6.526 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	+788 € (Budgetunterschreitung)	./.

☐ **Ergebnis < 3%**	☒ **Ergebnis < 3%**	☐ **Ergebnis > 3%**
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Trotz aller Anstrengungen, die Aufwendungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, ist es E01001 aufgrund der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Budgetbelastungen (BWVQ000 von € 14.960,04 in 2010, BWVQ000 von € 14.360,04 in 2011) nicht möglich gewesen einen positiven Abschluss zu erzielen.

Im budgetwirksamen Sachkontenbereich wurde im Rahmen der Ermächtigungen gewirtschaftet.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Die Kostenstellen von E01001 werden angewiesen, vermehrt Einsparungen vorzunehmen. Es wäre wünschenswert, das Gesamtdefizit in Höhe von € 27.100,- im Jahr 2012 auszugleichen.

Stellungnahme Stk:
In den ersten vier Monaten 2012 konnte ein leichter Überschuss im Budget von Ref. I erzielt werden. In Anbetracht des noch vorzutragenden Fehlbetrages 2011 (ca. 27.100 €) hat Ref. I für 2012 vermehrt Einsparungen im Sachmittelbereich angekündigt. Nachdem bei vielen Kostenarten im Ref. I-Budget kein periodisch gleichmäßiger Mittelabfluss stattfindet (z.B. Mietzahlung für die GSBV-Räume einmal jährlich), bleibt abzuwarten, ob die Anstrengungen dazu ausreichen, das in den Vorjahren aufgelaufene Defizit abzubauen.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan. Der Bericht enthält keine Informationen zu den Leistungen.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Ref. I/ASi**
Budget	E01003
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**105.148 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	3.154 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-834 € (Budgetüberschreitung)	0,8%

☐ **Ergebnis < 3%**	☒ **Ergebnis < 3%**	☐ **Ergebnis > 3%**
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Durch die seit dem Jahre 2008 fortlaufende Budgetbelastung „Sparpaket und Haushaltskonsolidierung“, hat ASi trotz enormer Einschränkungen und Einsparungen im Sachkontenbereich, die negative Veränderung nicht ausgleichen können.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Die negative Ergebnisveränderung liegt nicht im Einfluss von Ref. I / ASi. Über die jetzige, äußerst sparsame Haushalts- und Wirtschaftsführung hinaus, können keine Einsparungsvorschläge mehr gemacht werden.

Stellungnahme Stk:
Der negative Trend der Budgetentwicklung setzt sich auch in den ersten vier Monaten des Jahres 2012 weiter fort. Zwar wurde "nur" ein laufendes Defizit von 834,59 € erwirtschaftet, allerdings muss auch der Fehlbetrag 2011 (ca. 11.000 €), der noch nach 2012 vorgetragen wird, in die Betrachtung mit einbezogen werden. Das Budget wird voraussichtlich auch 2012 sein Defizit noch weiter erhöhen, da bereits die jährlichen planerischen Budgetbelastungen kaum erwirtschaftet werden können.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan. Der Bericht enthält keine Informationen zu den Leistungen.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Referat II**
Budget	PE020Q1
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**188.107 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	5.643 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-18.158 € (Budgetüberschreitung)	9,65 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☐ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-ige Toleranzgrenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☒ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Die Abweichung des Budget ist daraus zu gegründen, dass im Zuge des Sparpakets Budgetbelastungen vorgenommen wurden. Es ist dem Finanzreferat nicht möglich, diesen Einsparungen nachzukommen, da das Referat II bereits zu Beginn des Haushaltsjahres mit einem Defizit belastet ist.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Es können keine Maßnahmen aus eigenen Kräften erbracht werden.

Stellungnahme Stk:
Das strukturelle Defizit kann durch eigene Sparbemühungen nicht mehr aufgefangen werden. Maßnahmen der Gegensteuerung können nicht aufgezeigt werden.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Institut für Pädagogik und Schulpsychologie**
Budget	PE040F2
Monat	Januar bis April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**467.640 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	14.029 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-33.071 € (Budgetüberschreitung)	7 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☒ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☐ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Durch den Budgetübertrag aus den Vorjahren wird die 3%-Grenze überschritten.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
In den folgenden Haushaltsjahren wird der Abbau des negativen Übertrages angestrebt (ein entsprechender Maßnahmenkatalog wurde am 13.07.2011 im Ältestenrat beschlossen).

Stellungnahme Stk:
Die Hauptursache für die Abweichung liegt darin, dass gemäß der Kontierungsrichtlinien unterjährig Aufwendungen für Veranstaltungen/Projekte budgetwirksam gebucht werden, die entsprechenden Erträge hingegen nicht budgetwirksam; zum Jahresabschluss erfolgt dann gesammelt eine Mittelbewilligung von den Erträgen zu Gunsten des Budgets. Hierdurch ist das Einhalten der 3%-Grenze somit nicht gefährdet, sondern durch den voraussichtlichen Budgetvortrag aus Vorjahren i. H. v. minus 151,5 TEUR. Das Institut für Pädagogik und Schulpsychologie sollte diesen kumulierten Fehlbetrag jedoch auch in 2012 - insbesondere dank der Reduzierung von Budgetbelastungen aus

Stellenschaffungen - weiter abbauen können (ein entsprechender Maßnahmenkatalog wurde am 13.07.2011 im Ältestenrat beschlossen).

Stellungnahme OrgA:

Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen im Stellenplan. Durch den Wegfall von budgetbelastenden Stellenplankapazitäten (s. POA vom 05.07.2011) sollte der Fehlbetrag weiter reduziert werden können.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Referat VI**
Budget	PE060F1
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**239.768 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	7.193 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-1.482 € (Budgetüberschreitung)	1%

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☒ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☐ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Obwohl das aufgelaufene budgetwirksame Ergebnis die Planansätze deutlich unterschritten hat, weist das Budgetergebnis für den Zeitraum Januar bis April 2012 einen Fehlbetrag auf, der derzeit 1% des Budgetausgabevolumens entspricht.
Realistisch gesehen liegt das Budgetergebnis jedoch über der zulässigen 3%-Grenze, da die Übertragung des negativen Budgetvortrags aus 2011 noch aussteht. Ursächlich hierfür ist ein strukturelles Defizit, da trotz sparsamster Haushaltsführung (s.o.) die pauschalen Budgetbelastungen und Konsolidierungsbeiträge, die von Ref. VI nicht beeinflussbar sind, nur teilweise kompensiert werden können. Die Teilbeträge, die nicht abgefangen werden können, summieren sich von Jahr zu Jahr zu immer höheren Budgetfehlbeträgen auf.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Ref. VI sieht sich nicht in der Lage, weitere Kürzungen vorzunehmen (vornehmen zu lassen), da zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs keine weiteren Einschränkungen möglich sind.

Stellungnahme Stk:
Stk teilt die negative Prognose von Ref. VI. Gleichzeitig werden die Einsparbemühungen anerkannt. Im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes werden aktuell Lösungsansätze diskutiert, um dem Defizit des Budgets entgegenzuwirken.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Referat VI / Vergabemanagement Nürnberg**
Budget	PE060F2
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**224.438 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	6.733 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-4.686 € (Budgetüberschreitung)	2%

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☒ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☐ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:

Obwohl das aufgelaufene budgetwirksame Ergebnis die Planansätze unterschritten hat, weist das Budgetergebnis für den Zeitraum Januar bis April 2012 einen Fehlbetrag auf, der derzeit 2% des Budgetausgabevolumens entspricht.

Einerseits enthält das Budgetergebnis Aufwendungen, die bereits das zweite Quartal 2012 betreffen, andererseits steht der negative Budgetübertrag aus 2011 noch aus. Im Ergebnis heben sich diese Unzulänglichkeiten in etwa auf, das Ergebnis bleibt bei 2%.

Festzuhalten bleibt ein strukturelles Defizit, da trotz sparsamster Haushaltsführung (s.o.) die pauschalen Budgetbelastungen und Konsolidierungsbeiträge, die von Ref. VI/VMN nicht beeinflussbar sind, nur teilweise kompensiert werden können. Die Teilbeträge, die nicht abgefangen werden können, summieren sich von Jahr zu Jahr zu immer höheren Budgetfehlbeträgen auf.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Ref. VI/VMN sieht sich nicht in der Lage, weitere Kürzungen vorzunehmen (vornehmen zu lassen), da zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs keine weiteren Einschränkungen möglich sind.

Stellungnahme Stk:
Stk teilt die negative Prognose von Ref. VI. Gleichzeitig werden die Einsparbemühungen anerkannt. Im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes werden aktuell Lösungsansätze diskutiert, um dem Defizit des Budgets entgegenzuwirken.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken bei den Leistungen und im Stellenplan.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**OrgA**
Budget	E10007 OrgA - Lochgefängnisse
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**22.708 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	681 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-29.946 € (Budgetüberschreitung)	131,87 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☐ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☒ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Die deutliche Budgetüberschreitung ergibt sich zum einen aus einem sehr hoch angesetzten Planwert für die Eintrittsgelder, welcher in den letzten Jahren selten auch nur annähernd erreicht werden konnte. Zum anderen finden in den ersten zwei Monaten kaum Führungen im Lochgefängnis statt. Das aktuelle Budgetergebnis ist somit nicht aussagekräftig. Durch das geringe Budgetvolumen ist die 3 %-Grenze außerdem recht niedrig, was eine zuverlässige Prognose zusätzlich erschwert.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Vorerst bleiben die Entwicklungen in den besucherstarken Monaten abzuwarten, da erst dann die Budgetentwicklung genauer beurteilt werden kann. Sofern sich jedoch ein Fehlbetrag abzeichnet, strebt OrgA an, diesen intern auszugleichen.

Stellungnahme Stk:
Aufgrund der saisonal schwankenden Besucherzahlen bei den Lochgefängnissen ist das Ergebnis der ersten vier Monate des Jahres 2012 nicht aussagekräftig. Die weitere Entwicklung (insbesondere in den besucherstarken Sommermonaten) bleibt abzuwarten. Allerdings mussten auch in den letzten Haushaltsjahren Budgetfehlbeträge bei den Lochgefängnissen durch Überschüsse aus anderen Budgets von OrgA/ZD abgedeckt werden. Der extreme Prozentwert ergibt sich aus dem sehr kleinen Budgetvolumen (insg. für das Gesamtjahr nur 68.124 €).

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan. Der Bericht enthält keine Informationen zu den Leistungen.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**OrgA**
Budget	E10001 OrgA - Zentrale Dienste
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**1.106.089 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	33.183 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-291.095 € (Budgetüberschreitung)	26,32 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☐ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☒ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Das Budgetergebnis enthält derzeit noch drei Monate Portokosten der gesamten Stadtverwaltung (rund 343.000 Euro). Diese werden zeitlich nachgelagert auf die Dienststellen umgebucht, was jedoch 2012 bisher nicht erfolgt ist. Wenn man diesen Posten aus der Betrachtung herauslöst (bzw. nach Durchführung der Weiterverrechnung) hält das Budget die 3 %-Grenze ein.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Aufgrund der oben genannten Umstände sind aus Sicht von OrgA aktuell keine Maßnahmen der Gegensteuerung erforderlich.

Stellungnahme Stk:
Von Stk kann aufgrund der fehlenden Portokostenverrechnung nicht nachvollzogen werden, wie sich das Budget in den ersten vier Monaten des Jahres 2012 tatsächlich entwickelt hat. Der Sachverhalt "Porto bzw. Portoverrechnung" hat eine erhebliche Relevanz für das Profitcenter E10001, da von den

hier geplanten budgetwirksamen Kosten (460.000 €) rund 67 % Portokosten sind. Auch bei den budgetwirksamen Erträgen ist ein entsprechend großer Ansatz für die Erstattungen von den Nutzern eingeplant. Es wird angeraten, die Portoverrechnungen auf einen monatlichen Turnus umzustellen.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan. Der Bericht enthält keine Informationen zu den Leistungen.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**OrgA**
Budget	E10002 OrgA - Rathäuser und Ämtergebäude
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**392.795 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	11.784 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	+67.492 € (Budgetunterschreitung)	17,18 %

☐ **Ergebnis < 3%**	☒ **Ergebnis < 3%**	☐ **Ergebnis > 3%**
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
In dem aktuellen Budgetergebnis fehlen noch die Buchungen der Erbbauzinsen für die Theresienstraße (Buchung erfolgt im Juni) und der negative Budgetvortrag aus 2011. OrgA arbeitet aktuell intensiv daran, 2012 die 3 %-Grenze wieder einhalten zu können.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Weiterhin restriktive Handhabung der Bauunterhaltsmaßnahmen; Verwendung der überplanmäßigen Mieterträge sowie der weggefallenen pauschalen 5 % -Budgetkürzung.

Stellungnahme Stk:
Auch unter Berücksichtigung der fehlenden Erbbauzinsen Theresienstraße für die ersten vier Monate und den noch nicht komplett erfassten Gebäudereinigungsrechnungen für den April 2012 kann mit einem positiven Ergebnis des Budgets im Berichtszeitraum gerechnet werden. Die positive Entwicklung sollte helfen, den noch vorzutragenden Fehlbetrag 2011 (ca. 104.400 €) weiter abzubauen. Auch

in 2011 konnte der Fehlbetrag bereits reduziert werden. Die weiteren Maßnahmen zur Sanierung des Budgets werden bei der Sitzung des Ältestenrates und Finanzausschusses am 25.07.2012 im Rahmen der Budgetergebnisse 2011 behandelt.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan. Der Bericht enthält keine Informationen zu den Leistungen.

Kurzbericht I/2012

Dienststelle	**Liegenschaftsamt**
Budget	PE230
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**1.294.790 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	38.844 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-58.387 € (Budgetüberschreitung)	+ 4,51 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☒ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☐ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

<u>Begründung der (künftigen) Abweichung:</u>
Trotz des derzeit positiven Budgetergebnisses muss, wie schon 2011, auch in diesem Jahr mit einer negativen Überschreitung der 3%-Grenze gerechnet werden.

Es wurde bereits etwa die Hälfte der geplanten Erträge eingenommen. Weiterhin stehen noch hohe Ausgabeposten aus. Insbesondere wurde erst ein Grundabgabenquartal abgerechnet und es stehen noch acht Monatsraten i. H. v. 37.850,00 Euro aufgrund des Sparpaketes 2006 aus. Des Weiteren wurde der negative Budgetvortrag aus dem Vorjahr i. H. v. -328.462,02 Euro noch nicht eingebucht.

Bei der notwendigen Betrachtung über das Zustandekommen des zukünftigen Defizits muss zwischen dem laufenden Betrieb, einmaligen Sonderbelastungen, sowie den von externer Seite herangetragenen Einsparbeiträgen in Form von pauschalen Budgetbelastungen differenziert werden. Dadurch wird belegt, dass das Budgetdefizit schlechterdings nicht Ausfluss zu hoher Ausgaben seitens des Liegenschaftsamtes ist, sondern externe Gegebenheiten verantwortlich zeichnen, auf deren Minimierung das Liegenschaftsamt nur bedingt bzw. keinen Einfluss hat.

Im laufenden Betrieb konnten bisher – wie schon in den Vorjahren – die Planansätze auf der Aufwandsseite unterboten, bzw. auf der Ertragsseite überboten werden. Sowohl der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen, als auch der Bauunterhalt und der sonstige ordentliche Aufwand weisen geringere Aufwendungen auf, als geplant. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass sich das Budgetdefizit nicht aufgrund von Ausgabeexzessen im Tagesgeschäft gründet, sondern strukturelle Budgetprobleme sowie Einmalbelastungen dazu geführt haben. Diese werden nun im Folgenden dargelegt:

a) Mangelnde Möglichkeit zur Beeinflussung von Einnahmen

Bei den Einnahmen aus Mieten und Erbbauzinsen unterliegt das Liegenschaftsamt einer Vielzahl von Sachzwängen (gesetzliche und vertragliche Bindungen, wirtschaftliche Lage, politischer Wille), die es daran hindert, die Einnahmen zu erhöhen. Die Erträge aus den privatrechtlichen Ersatzleistungen bestehen großteils aus Grundabgabenersatzrechnungen, können von sich aus also ebenfalls nicht erhöht werden.

b) Mangelnde Möglichkeit zur Beeinflussung von Ausgaben

Eine Betrachtung der Aufwandssachkonten im LA-Budget fördert zu Tage, dass von den primär budgetwirksamen Kosten, die 2011 2.261.984,61 € betrugen, ein Großteil quasi als Fixkosten zu betrachten und in Ihrer Höhe nicht verhandelbar sind, z. B. Grundsteuer, Straßenreinigungsgebühren, Abfallbeseitigung und Gebäudereinigung. Insgesamt belaufen sich diese Ausgaben auf etwa 1.530.000,00 €, was einen Anteil von 68 % an den primär budgetwirksamen Kosten ausmacht.

Deshalb sind im Budget nur solche Ausgaben effektiv steuerbar, über die unmittelbar im Amt entschieden werden kann. Die insoweit gegebenen Möglichkeiten zur Einflussnahme wurden von LA ausgenutzt und haben in der Vergangenheit auch dazu geführt hat, dass das Liegenschaftsamt bei diesen Ausgaben konsequent unter den Planausgaben geblieben ist. Dieser Erfolg geht jedoch in der Masse der viel größeren, aber kaum beeinflussbaren Einnahme- und Ausgabeblöcke völlig unter. Da bei den vernachlässigbaren Ausgabeposten (Büromaterial, Fachliteratur, etc.) die Einsparpotentiale ausgereizt sind und die Summen auch nicht dazu taugen, das aufgelaufene Defizit signifikant zu korrigieren, bliebe als einziger großer Ausgabeposten der kleine Bauunterhalt. Jedoch hätte im letzten Jahr selbst eine Reduzierung der Bauunterhaltsausgaben auf Null das Budget nicht in die schwarzen Zahlen führen.

c) Sparpaket

Weiterhin wird das LA-Budget durch hohe pauschale Budgetbelastungen belastet. Insbesondere das jährlich in das Budget gebuchte Sparpaket aus dem Jahr 2006 i. H. v. 454.200,00 hat dazu beigetragen. Das Budget der Dienststelle ist besonders davon getroffen, dass die Berechnungsgrundlage des Sparpaketes das „Budgetwirksame Ergebnis nach Veränderungen“ ist. Dies hat im Budget des Liegenschaftsamtes ein sehr hohes Volumen, was aber zum großen Teil auf Einnahmeposten zurückzuführen ist, die nur bedingt steigerungsfähig sind.

Im großen Bild stellt sich die Lage für das Liegenschaftsamt dergestalt dar, dass nur ein kleiner Anteil des Budgets aktiv gesteuert werden kann, während die großvolumigen Einnahme- und Ausgabeposten kaum veränderbar sind. Paradoxerweise errechnet sich das Sparpaket 2006 zum großen Teil aus den sehr hohen Einnahmeüberschüssen aufgrund der hohen Erträge aus Mieten, Pachten und Erbbauzinsen. Dies kann langfristig nicht funktionieren; daher sind nach einer mehr oder weniger langen Zeit Budgetdefizite nicht mehr zu vermeiden.

d) Sonderbelastungen

Der hohe negative Budgetvortrag, mit dem das Liegenschaftsamt 2012 konfrontiert wird, ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass das Budget im Jahr 2011 durch Niederschlagungen i. H. v. 207.706,39 Euro belastet wurde - nachdem die Abschreibung von Forderungen in den vergangenen Jahren relativ gering ausfielen (2010: 5.192,26 € ; 2009: 3.222,88 €). Im Rahmen einer gezielten Auswertungsaktion ist LA derzeit damit befasst, den sich nach der Überleitung in die Fachanwendung SAP-RE/FX + LUM auf Altkassenzeichen ausgewiesenen, offenen Forderungen nachzugehen. Oftmals sind heute Forderungen niederzuschlagen, deren Absetzung/Bereinigung bereits vor Umstellung auf SAP hätte vollzogen werden können. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass die Liste insolvenzbedingt von zwei Fällen dominiert wird, die über 70 % der Niederschlagungssumme ausmachen (41.868,67 € + 106.392,55 €). Der Ausfall von Forderungen in dieser Höhe ist angesichts des differenzierten Mieterportfolios des Liegenschaftsamtes eine ständig wiederkehrende Gefahr.

Maßnahmen der Gegensteuerung:

Angesichts des bereits ausgedünnten und auf ausschließlich notwendige Maßnahmen reduzierten Budgets ist es dem Liegenschaftsamt aber nicht möglich, konkrete, vollumfängliche Sanierungsvorschläge zu erarbeiten. Von Seiten des Liegenschaftsamtes kann nur, wie es schon in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert wurde, jede einzelne Ausgabeposition auf ihre Notwendigkeit hin abgewogen werden. Dies wird aber nicht annähernd ausreichen, insbesondere die Einsparbeiträge des Sparpaketes 2006 zu kompensieren.

Stellungnahme Stk:
Stk teilt die negative Prognose des LA. Gleichzeitig werden die Einsparbemühungen des LA anerkannt. OrgA, Stk und LA diskutieren aktuell im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes Lösungsansätze um dem Defizit des Budgets entgegen wirken zu können.

Stellungnahme OrgA:
Im Berichtszeitraum hat LA im Rahmen der budgetfinanzierten Personalausweitung Personalressourcen beansprucht. Diese Personalkosten belasten das LA-Budget. In Gesprächen mit LA wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die bugetfinanzierte Personalausweitung sukzessive abzubauen. Derzeit wird hierfür die Neuausrichtung verschiedener Aufgabenbereiche vorbereitet.
0,59 VK-Stellen waren LA aus personalwirtschaftlichen Gründen zugewiesen. Außerdem ist von LA zusammen mit PA die Realisierung eines kw-Vermerkes im Umfang einer Halbstelle noch umzusetzen.

Kurzbericht I/2012

Dienststelle	**Rechtsamt**
Budget	E30001
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**494.957 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	14.849 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-78.430 € (Budgetüberschreitung)	7,69 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☐ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☒ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:

Die massive Überschreitung des Budgetausgabevolumens liegt, wie in den letzten Jahren mehrfach und ausführlichst dargestellt, nach wie vor nicht an unwirtschaftlichem Verhalten. Die Ausgabenansätze von RA werden in der Summe kaum über-, tendenziell eher unterschritten. Ursächlich für das immer stärker ansteigende Defizit sind die pauschalen Budgetbelastungen, die sich bei Dienststellen, die keine eigenen Einnahmen und damit kaum Steuerungsmöglichkeiten haben, nicht kompensieren lassen. RA hat - abgesehen von Kostenerstattungen, auf die kein Einfluss besteht - keine eigenen Einnahmen. Die Ausgaben beschränken sich auf das zur Aufrechterhaltung eines sinnvollen Dienstbetriebes notwendigste.

Eine Kompensation des Defizites ließe sich allenfalls durch den Abbau von Personal bewältigen, was bei der augenblicklichen Arbeitsbelastung – sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur – kontraproduktiv wäre. Da das negative Budgetergebnis des Vorjahres auch in diesem Jahr wieder übertragen wird, wird das Defizit des RA Budgets konsequenterweise noch höher ausfallen als im letzten Haushaltsjahr. Die Ursache hierfür ist jedoch systemimmanent, nahezu alle Querschnittsdienststellen dürften hiervon betroffen sein.

Derzeit ist noch nicht absehbar, in welcher Höhe das Defizit tatsächlich ausfallen wird. Einige Erträge und Aufwendungen werden erst im Laufe des Jahres vollständig angewiesen. Außerdem wurde der negative Budgetvortrag noch nicht eingebucht.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
In Ermangelung irgendeines Einflusses auf diesen Umstand, sieht sich RA weder in der Lage noch in der Pflicht Vorschläge zur Lösung dieses Problems zu erarbeiten.

Stellungnahme Stk:
Der vorliegende Bericht enthält Hinweise auf Abweichungen - es ist bereits jetzt eine Überziehung des Bugdets um über 3% absehbar. Die pauschalen Budgetbelastungen können von RA nicht erwirtschaftet werden, so dass sich das Budgetergebnis zwangsläufig jedes Jahr weiter verschlechtert. Stk teilt die negative Prognose des RA. Gleichzeitig werden die Einsparbemühungen des RA anerkannt. OrgA und Stk diskutieren aktuell im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes Lösungsansätze um dem Defizit des Budgets entgegen wirken zu können.

Stellungnahme OrgA:
Der Stellenplan wird zwischenzeitlich weitestgehend eingehalten; die überplanmäßige Personalkapazität konnte auf nunmehr insgesamt 0,45 VK reduziert werden. Es ist beababsichtigt, die Überziehung um 0,18 VK zum Haushalt 2013 abzubauen. Die noch verbleibenden 0,26 VK, die aus rein personalwirtschaftlichen Gründen vorliegen, können aus Sicht von OrgA im konkreten Einzelfall akzeptiert werden.

Kurzbericht I/2012

Dienststelle	**StN**
Budget	PE340F1
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**468.614 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	14.058 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-13.516 € (Budgetüberschreitung)	< 3 %

☐ **Ergebnis < 3%**	☒ **Ergebnis < 3%**	☐ **Ergebnis > 3%**
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:

Durch das seit 2009 geltende reformierte Personenstandsrecht hat sich für StN einiges an budgetrelevanten Änderungen ergeben. So haben sich die Aufwendungen für Personal, die DV-Ausstattung und Buchbindearbeiten, aber auch für Fachliteratur deutlich erhöht. Im Hinblick auf die nun anstehende Einführung des zentralen elektronischen Personenstandsregisters für Bayern sind hier weitere Steigerungen zu erwarten. Im Gegenzug verzeichnet StN seit 2009, bedingt durch die bayernweite Gebührenregelung, steigende Gebühreneinnahmen, die allerdings nicht budgetrelevant sind.
Hinzu kommt eine seit Jahren stetig steigende Zahl an zu beurkundenden Vaterschaftsanerkennungen, die einen erheblichen personellen Aufwand erfordern, da sie sehr beratungsintensiv sind. Die Steigerung resultiert daraus, weil das Jugendamt der Stadt Nürnberg Vaterschaftsanerkennungen nur nach vorheriger Terminvereinbarung beurkundet, während StN "just in time" arbeitet. Die Kosten für Dolmetscherarbeiten haben bereits jetzt den Ansatz weit überschritten. Gemäß dem Bayer. Behindertengleichstellungsgesetz nebst den zugehörigen Verordnungen müssen Behörden die Kosten für Übersetzungen in die deutsche Gebärdensprache übernehmen. Auf die Anzahl der Fälle hat StN keinen Einfluß. Die Höhe der Vergütung ist ebenfalls vorgegeben, allerdings differieren die Auslagen für die Anfahrtswege.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Nur durch Personaleinsparung würden sich Ergebnisverbesserungen ergeben. Allerdings können dann keine Sonderleistungen wie Samstagstrauungen, Trauungen im Fembo-Haus, Schürstabhaus oder auf der Kaiserburg mehr erbracht werden.

Stellungnahme Stk:
Stk teilt die negative Prognose des StN. OrgA und Stk diskutieren aktuell im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes Lösungsansätze um dem Defizit des Budgets entgegen wirken zu können.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken bei den Leistungen und im Stellenplan. Bei der Umsetzung der Auswirkungen des elektronischen Personenstandsregisters ist daher die Ablösung der bisher erfolgten pauschalen Budgetbelastungen durch eine Reduzierung der Stellenkapazität auf Basis einer konsequenten Prozessoptimierung vorzusehen. Erste Maßnahmen hierzu werden bereits im Jahr 2012 ergriffen werden.

Kurzbericht 1 /2012

Dienststelle	**Amt für Allgemeinbildende Schulen**
Budget	PE403F1 und PE 404F1
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**16.858.272 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	505.748 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-1.089.214 € (Budgetüberschreitung)	6,5 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☒ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☐ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:

Auf Grund des hohen kumulierten Defizits aus den Vorjahren (4,8 Mio. Euro) wird SchA auch in 2012 rein rechnerisch eine Gesamtbudgetüberschreitung in Höhe von über 3% erreichen. Siehe auch Ältestenratsitzungen zu den Budgetergebnissen am 22.09.2010 und 13.07.2011.

Im Jahr 2011 konnte SchA neben dem Defizitabbau auf nunmehr 3,080 Mio. Euro ein nahezu neutrales Jahresergebnis erzielen.

SchA geht davon aus, dass rein auf das Jahr 2012 bezogen (ohne Übertrag) kein zusätzlicher Fehlbetrag erzeugt werden wird.

Maßnahmen der Gegensteuerung:

Soweit keine unvorhergesehenen Ereignisse zusätzlich finanziert werden müssen, ist entsprechend der Ältestenratbeschlüsse aus den Jahren 2010 und 2011 (Einführung neues Controllingsystem, Konsolidierung, etc.) davon auszugehen, dass SchA für 2012 ein neutrales Jahresergebnis erlangen wird und das Defizit weiter abbauen wird.

Stellungnahme Stk:
Stk schließt sich den Ausführungen von SchA im Wesentlichen an. Bedingt durch den voraussichtlichen Budgetvortrag aus Vorjahren (minus rd. 3,08 Mio. EUR) wird SchA auch 2012 ein negatives Ergebnis von über 3 % erzielen. Allerdings ist zu erwarten, das dieser kumulierte Fehlbetrag nicht zusätzlich erhöht wird, bzw. sogar weiter abgebaut werden kann (siehe auch Behandlung im Ältestenrat am 13.07.2011).

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht erwähnt für den Stellenplan der Lehrkräfte Abweichungen. Im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens zum Haushalt 2013 werden Schaffungsanträge gestellt, um die Unterdeckung zu bereinigen und um den aus der Arbeitszeitverkürzung für Lehrkräfte entstehenden Mehrbedarf stellenplanmäßig aufzufangen. Hierüber wird dann im Zuge der Haushaltsberatungen zu entscheiden sein.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Amt für Existenzsicherung und soziale Integration -Sozialamt-**
Budget	PE500F1
Monat	Januar - Apri l 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**3.287.321 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	98.620 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-730.202 € (Budgetüberschreitung)	22 %

☐ **Ergebnis < 3%**	☐ **Ergebnis < 3%**	☒ **Ergebnis > 3%**
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:

1. Ergebnisvortrag

Der Ergebnisvortrag aus 2011 wurde noch nicht eingebucht. Zudem steht noch die endgültige Entscheidung zur vorgeschlagen Deckung über das in den letzten Jahren angehäufte strukturelle Defizit und der daraus resultierenden kumulierten Fehlbeträge aus.

2. Miet- und Pachtaufwendungen (Sachkonto 64210000)
   Mietnebenkosten (Sachkonto 64210300)

SHA bucht Mieten und Mietnebenkosten mit der sog. "Dauerbuchung" für das ganze Jahr in SAP ein und die Zahlungen erfolgen nach vorgegebenen Plan zur jeweiligen Fälligkeit der Miet- oder Mietnebenkostenzahlung. Beim Soll-/Istvergleich im Berichtszeitraum wird im Ist die Summe für das ganze Jahr ausgewiesen und bei der Ermächtigung 1/3 des im Jahr zur Verfügung stehenden Budgets. Dies führt zu einer nicht unerheblichen Verfälschung des Ergebnisses.

Aus Sicht des SHA müssten entsprechende Änderungen bei den Einstellungen in SAP vorgenommen werden, damit solche Fehldarstellungen künftig vermieden werden können.

Ungeachtet dessen wird SHA durch die Erhöhung der Miete für das ÄG Frauentorgraben zum 01.05.2012 um monatlich 1372,43 € in diesem Jahr die Mietkosten um mindestens 11.000,-- € überschreiten.

3. Kleiner Bauunterhalt SHA/2-1 (Sachkonto 62320500)
SHA ist als Obdachlosenbehörde zuständig für die Bereitstellung von Obdachlosenunterkünften. Insoweit handelt es sich hierbei nicht um klassische Verwaltungskosten, sondern eher um eine besondere Form der Hilfegewährung und somit eigentlich um eine Pflichtleistung. Nach den derzeit gültigen Budgetregeln fällt aber der Bauaufwand im vollen Umfang in das Budget der Dienststelle. Von den zur Verfügung stehenden 85.000,-- € sind Stand 30.04.2012 bereits 50.329,37 € verausgabt und es ist davon auszugehen, dass die verbleibenden Mittel bei der Klientel, welche diese Objekte bewohnt, in keinster Weise ausreichen werden. Verschärft wurde die Situation noch dadurch, dass H aufgrund eines Ausgabenstopps auf eine Aufteilung in Einzelgewerke drängte, obwohl es sich in der Regel um Gesamtmaßnahmen handelte, welche eigentlich nicht in die finanzielle Verantwortlichkeit der Dienststellen im Rahmen des kleinen Bauunterhalts fallen. Solche Maßnahmen machen aus Sicht des SHA keinen Sinn, da unvermeidbare städtische Ausgaben unter Budgetgesichtspunkten innerhalb des städt. Haushalts verschoben werden, ohne dass durch diese Maßnahme nur ein einziger Euro tatsächlich gespart werden kann.

4. Abfallbeseitigungsgebühren SHA/2-1 (Sachkonto 62370110)
Für die Abfallbeseitigung in Obdachlosenwohnungen steht SHA für 2012 ein Betrag von 4.500,-- € zur Verfügung. Tatsächlich mussten hier für die Zeit bis 30.04.2012 schon 5.629,24 € aufgewendet werden. Hochgerechnet auf ein Jahr ist somit mit Aufwendungen in Höhe von ca. 17.000,-- € zu rechnen und es ist davon auszugehen, dass der Ansatz um ca. 12.500,-- € überschritten wird.

Diese Ausgaben fallen auch im Vollzug der Aufgaben als Obdachlosenbehörde an und sind -wie oben ausgeführt- eigentlich keine klassischen Verwaltungskosten. Ein Überdenken der Budgetregeln auch an dieser Stelle wäre angebracht.

Ein wesentlicher Grund für die Kostensteigerung liegt im Wegfall von AGH-Stellen bei SHA/2-1. Die Beseitigung von Sperrmüll bzw. die Räumung von Obdachlosenwohnungen muss mittlerweile an Fremdfirmen vergeben werden. Obwohl die Aufträge in der Regel an die NOA oder an die MUDRA vergeben werden, sind die Kostensteigerungen signifikant. Eine Eindämmung der Ausgaben ist nicht zu erwarten, weil Abfall/Müll ein ständig wachsendes Problem in den Obdachlosenwohnanlagen und -wohnungen darstellt. Insofern werden die Ausgaben des Sachkontos am Ende des Jahres den Ansatz mindestens um das Doppelte überschreiten.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
In Budgetgesprächen mit Ref. II/Stk (zuletzt am 27.06.2011) wurde ein Plan entwickelt, wie durch eigene Bemühungen der Dienststelle und durch ein Entgegenkommen von Stk trotz der nicht erbringbaren strukturellen Einsparvorgaben bei SHA dauerhaft ein ausgeglichenes Budget sichergestellt werden kann. Das Korsett ist aber derartig eng geschnürt, dass kein Spielraum mehr besteht, die aufgezeigten Budgetverschlechterungen auch nur ansatzweise aufzufangen.

Stellungnahme Stk:
Nach Bereinigung um die vorab gebuchte Miete (8/12 i.H.v. 620.700 € - vgl. Erl. 2) ergibt sich ein Budgetergebnis von 109.500 €. Dieses Ergebnis bedeutet 3,3% des Budgetausgabevolumens und liegt damit nur knapp oberhalb der 3%-Grenze.

Für einen aussagekräftigen Plan-Ist-Vergleich werden die Planwerte für Miete und Mietnebenkosten ab 2013 auf das erste Jahresquartal periodisiert.

Entsprechend dem Beschluss im Ältestenrat vom 13.07.2011 wird das Jahresergbnis 2011 noch gesondert ausgewertet (vgl. Erl. 1). Auf Grundlage des Vorschlags des Finanzreferats wurde eine einvernehmliche Lösung für das SHA-Budget erarbeitet. Das Abstimmungsgespräch zum Jahresabschluss 2011 erfolgt im Juni 2012.
Die weiteren budgetbeinflussenden Themen bezüglich der Obdachlosenunterkünfte können bei diesem Gespräch mit erörtert werden (vgl. Erl. 3/4).

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan. Aufgrund der steigenden Fallzahlen vor allem im Bereich der Grundsicherung, ist jedoch mit steigendem Personalbedarf für die Erbringung von Sozialleistungen zu rechnen.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Jugendamt**
Budget	PE520F1
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**18.941.969 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	568.259 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	+ 125.482 € (Budgetunterschreitung)	./.

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☒ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☐ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Der negative Ergebnisvortrag aus 2011 wurde noch nicht eingebucht und verschlechtert das Jahresergebnis um ca. 2.226 T€. Eine Kostensteigerung ist derzeit nicht zu erkennen. Für den o.g. Zeitraum sind 79,5% des Budgets verbraucht worden; im Gegensatz zu 2011, hier waren es 83,3%.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Im Budgetgespräch am 22.12.2011 wurden die vorgenommen Maßnahmen zur Gegensteuerung mit Stk abgestimmt. Die bereits umgesetzten Maßnahmen zur Defizitreduzierung werden dauerhaft fortgesetzt. J hat auch 2012 eine interne Budgetkürzung von 7% eingeplant.

Stellungnahme Stk:
Wie von J erläutert, ist das aktuelle Ergebnis nur bedingt aussagekräftig, da der Budgetvortrag aus dem Vorjahr noch nicht eingebucht ist. Der Ergebnisvortrag wird, geringer als von J geschätzt, rd. 2.137 T€ (4%) betragen und damit ungefähr auf dem Vorjahresniveau liegen.

Das Sanierungskonzept (vgl. Beschluss des Ältestenrats vom 11.05.2011) wird dauerhaft umgesetzt. Derzeit werden innerhalb des Gesamtbudgets den einzelnen Bereichsbudgets gesonderte Konsolidierungen und Sparvorgaben zugeordnet. Damit einher gehen ein intensiveres Projekt-, Budget- und Sachkontencontrolling mit bereichsorientierter interner Berichtserstellung. Zusätzlich werden weitere Maßnahmen entwickelt. Für die Zukunft soll ein Standardverfahren für die Sachkostenermittlung für Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze erarbeitet werden.

Aufgrund der permanenten Einsparbemühungen sind bereits positive Entwicklungen sichtbar. Der weitere Defizitaufbau konnte deutlich begrenzt werden. Zudem wurden durch Personalumfinanzierung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets langfristige Budgetbelastungen abgebaut. Die weitere Entwicklung insbesondere durch den Ausbau der Kinderbetreuung und den steigenden Sozialtransferaufwendungen bleibt ab zu warten. OrgA, Stk und J diskutieren aktuell im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes Lösungsansätze um dem Defizit des Budgets entgegen wirken zu können.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**SportService**
Budget	PE560
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**493.210 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	14.796 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-43.381 € (Budgetüberschreitung)	8,8 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☐ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☒ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Beim SportService fallen viele Buchungen nicht monatlich in gleicher Höhe an, sondern als Jahresbeträge oder einmalige Aufwendungen bzw. Zahlungen. Zum Stand Ende April 2012 verursachen vor allem 3 große Buchungsbeträge die Abweichung: Mietzahlungen für die Verwaltungsräume, Pachtgebühr Sportanlagen Langwasser und Nutzungsentgelt Stadionhalle. Werden diese Buchungen auf die Monate 1-4 bereinigt, so sind 63.073 € weniger Ausgaben anzusetzen und das Budget des SpS im Plus. Es ist zu erwarten, dass sich am Ende des Jahres die Buchungen innerhalb des 3%-Bereichs bewegen werden.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
keine erforderlich

Stellungnahme Stk:
Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist der Fehlbetrag bei annähernd gleichen Gegebenheiten um gut 7% niedriger, was die Hoffnung nährt, dass das Budgetdefizit, das 2011 deutlich über 3% lag, gesenkt werden kann. Ob allerdings - wie SpS prognostiziert - 2012 die 3%-Grenze unterschritten werden kann, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden. Die Halbierung der pauschalen Budgetbelastung und Gutschriften beim Schmutzwasser werden sich in jedem Fall ergebnisverbessernd auswirken.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Verkehrsplanungsamt**
Budget	PE615F1
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**741.502 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	22.245 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	-82.081 € (Budgetüberschreitung)	11 %

☐ **Ergebnis < 3%** Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	☐ **Ergebnis < 3%** Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	☒ **Ergebnis > 3%** Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:

Sachkonto „Planungskosten“ (62430000)

In diesem Sachkonto sind für das Jahr 2012 insgesamt 144.300 € enthalten, die sich mit 129.300 € für den NVEP und mit 15.000 € für Verkehrsuntersuchungen im Rahmen der Fortschreibung des GVP aufteilen.

Im März 2012 wurde eine hohe Abschlagsrechnung (124.474 €) für die Erstellung des Nahverkehrsentwicklungsplanes (NVEP) bezahlt, die das anteilige Ergebnis für die Monate Januar bis April 2012 deutlich belastet (anteiliger Ansatz = 48.100 €).

Maßnahmen der Gegensteuerung:

Auf das Gesamtjahr betrachtet ist nach derzeitigem Stand mit einem ausgeglichenen Sachkonto zu rechnen.

Stellungnahme Stk:
Im Berichtszeitraum befindet sich das Budget von Vpl über der 3%-Grenze. Ob sich das Budget zum Jahresabschluss innerhalb des zulässigen Ergebnisbereiches befinden wird, lässt sich derzeit seitens Stk noch nicht abschätzen. Die Erläuterungen von Vpl beziehen sich nicht auf das Budget insgesamt, sondern nur auf ein Sachkonto. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens im Hinblick auf die prekäre Budgetsituation hat bereits ein Gesprächstermin zwischen Stk und Vpl stattgefunden. Die Umsetzung der besprochenen Maßnahmen seitens Vpl steht noch aus.

Stellungnahme OrgA:
Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**Hochbauamt**
Budget	PE640F2 (Denkmalpflege)
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**179.700 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	5.391 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	+137.586 € (Budgetunterschreitung)	./.

☐ **Ergebnis < 3%**	☒ **Ergebnis < 3%**	☐ **Ergebnis > 3%**
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:
Der negative Budgetvortrag ist seit 2009 aufgrund der Überziehungen des Brunnenunterhaltes stetig gewachsen und liegt aktuell (RE 2011 berücksichtigt) bei 130.666,58 € (siehe auch Stellungnahme vom 20.04.2012). Somit würden selbst hohe Einsparungen in 2012 nicht ausreichen, um eine Überschreitung von mehr als 3 % zu vermeiden.

Maßnahmen der Gegensteuerung:
Alle realen Einsparungsmöglichkeiten beim Brunnenunterhalt wahrnehmen und in enger Abstimmung mit den Querbewirtschaftern, präzisere Planansätze zu melden.
(Siehe Stellungnahme vom 20.04.2012)

Stellungnahme Stk:
Das Budgetergebnis (absolut und in %), sowie das Budgetvolumen wurden durch Stk in oben stehender Übersicht berichtigt.
Die Erläuterungen des Hochbauamtes sind aus Sicht von Stk zutreffend. Das Budget PE640F2 ist aufgrund verschiedener Ursachen (insbes. Überziehungen beim Brunnenunterhalt) in den letzten

Jahren in die Schieflage geraten. Hinzu kamen noch die pauschalen Budgetkürzungen in den Haushaltsjahren 2010 und 2011. Der Budgetüberschuss des Berichtszeitraumes Januar-April 2012 wird durch den noch nicht gebuchten negativen Budgetvortrag des Vorjahres nahezu verbraucht werden. Dass bereits in 2012 ein Budgetergebnis <3% erreicht werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Durch den Wegfall der pauschalen Budgetkürzungen, sowie der Erhöhung der Ansätze für den Brunnenunterhalt ab 2012, kann das Budget jedoch, durch die von H zur Gegensteuerung genannten Maßnahmen, Schritt für Schritt wieder in den zulässigen Ergebnisbereich gebracht werden.

Stellungnahme OrgA:
Für den Bereich sind keine Stellen im Stellenplan explizit ausgewiesen.

Kurzbericht 1/2012

Dienststelle	**U-Bahnbauamt (UB)**
Budget	65009
Monat	Januar - April 2012

Budgetergebnis

Budgetvolumen	**702.546 €**	
3%-ige Toleranzgrenze	21.076 €	
Aktueller Stand der Budgetüber- bzw. unterschreitung	+367.208 € (Budgetunterschreitung)	./.

☐ **Ergebnis < 3%**	☒ **Ergebnis < 3%**	☐ **Ergebnis > 3%**
Keine ergebnisgefährdenden Entwicklungen bekannt. Es sind keine relevanten Abweichungen zu kommentieren.	Es sind künftige Entwicklungen bekannt, die das Einhalten der 3%-Grenze gefährden. Die geplanten Gegenmaßnahmen sind zu kommentieren.	Es sind die Ursachen für die Abweichung und die geplanten Gegenmaßnahmen zu kommentieren.

Ergebniserläuterung

Begründung der (künftigen) Abweichung:

Die Einnahmeseite stellt sich derzeit überhöht dar, da bereits einige Miet- und Pachterträge (54120000 + 54120020) für den Monat Mai eingegangen sind. Auf der Ausgabenseite sind derzeit die Jahresrechnungen für die Brandversicherung (64410100), sowie für die Betriebsführung der beiden P+R-Häuser (62550800) noch offen.

Nach derzeitigem Erkenntnissstand ist zu befürchten, dass die 3%-Grenze durch unerwartete Erstattungen an die VAG (62550800) erheblich überschritten wird.

Im Zeitpunkt der Planaufstellung für das Haushaltsjahr 2012 war voraussichtlich mit keiner Erstattung des Erhaltungsaufwands für U-Bahnanlagen an die VAG zu rechnen, da die Prognosewerte der VAG für den U-Bahnunterhalt des Geschäftsjahres 2011 nicht über 50% der geplanten Abschreibungen für 2011 hinausgingen. Es wurden deshalb keine Mittel in den Haushalt 2012 eingestellt. Nach den inzwischen vorliegenden, noch ungeprüften Abrechungszahlen der VAG für Erhaltungsaufwendungen

2011 an U-Bahnanlagen muss davon ausgegengen werden, dass in 2012 an die VAG etwa 1,4 Mio Euro zu erstatten sind.

Eine genaue Angabe über die Höhe des Ausgleichs ist erst möglich, wenn die AfA 2011 für U-Bahnanlagen endgültig feststeht und die Zahlen der VAG durch UB abschließend geprüft sind.

Maßnahmen der Gegensteuerung:

Der Unterhaltsausgleich ist für UB nicht steuerbar und gehört deshalb, nach Auffassung UB,nicht ins Budget.

Stellungnahme Stk:

UB hat seit seiner Eigenständigkeit ein strukturelles Defizit, obwohl im Grundsatz die Erträge die Aufwendungen um über 2 Mio. EUR übersteigen. Ende 2011 lag das Defizit bereits bei 19%. 2012 drohen außerdem hohe Erstattungen an die VAG für Erhaltungsaufwand, die in den letzten beiden Jahren nicht anfielen. Stk teilt die Auffassung von UB, dass das Budget nicht allein aus eigener Kraft der Dienststelle saniert werden kann. Im Rahmen der Einführung des Produkthaushaltes werden aktuell Lösungsansätze diskutiert, um dem Defizit des Budgets entgegenwirken zu können.

Stellungnahme OrgA:

Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan.

Kurzbericht (Januar bis April) 2012 – Marktamt und Landwirtschaftsbehörde (ML)

Budgetbericht

Im Berichtszeitraum konnten gegenüber den Vorjahreswerten bei den primären budgetwirksamen Erträgen rund 36.000 Euro Mehrerträge generiert werden. Bei den primären budgetwirksamen Aufwendungen zeigt sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Steigerung um rund 130.000 Euro. Diese Steigerung ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, dass hohe Rechnungen, die das Haushaltsjahr 2011 betreffen, erst im Laufe des Jahres 2012 gestellt wurden und nicht mehr abgegrenzt werden konnten. Auch bei den Verwaltungskostenerstattungen zeigt sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung. Insgesamt ergibt sich für den Berichtszeitraum daher eine deutliche Verschlechterung des Gesamtergebnisses gegenüber dem Vorjahr.

Stellenplanbericht

Im Berichtszeitraum umfasste der Stellenplan von ML (Fachamt und Kostendecker) insgesamt 22,69 VK-Stellen. Davon waren Personalressourcen im Umfang von 1,77 VK unbesetzt.

Leistungsdatenbericht

Der Kurzbericht beinhaltet Leistungsdaten über die Zeitangaben und die Anzahl der Händler/Anbieter der einzelnen Wochen- und Stadtteilmärkte sowie der Einfuhrmengen des Großmarktes.
Aus den dargestellten Leistungsdaten sind keine wesentlichen Abweichungen zu den Vorjahren ersichtlich.

Prognose zum Jahresergebnis

Für das Gesamtergebnis des externen Kostendeckers 2012 prognostiziert ML ein Defizit im fünfstelligen Bereich. Stk teilt die negative Prognose des ML, dass für 2012 keine volle Kostendeckung erreicht werden kann. Zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Budgetsituation hat bereits ein Gesprächstermin zwischen Ref.II und Ref.VII stattgefunden. Die diskutierten möglichen Lösungsansätze werden aktuell weiter verfolgt.

Kurzbericht (Januar bis April) 2012 – Friedhofsverwaltung

Allgemeines

Der Kurzbericht ist dem Budgethandbuch entsprechend aufgebaut (1. Budgetbericht, 2. Stellenplanbericht, 3. Leistungsdatenbericht, 4. Prognose zum Jahresergebnis).

Budgetbericht

Laut vorliegendem Bericht, ergeben sich für den Berichtszeitraum bei den primären budgetwirksamen Erträgen ca. 7 % Mehrerträge gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich hierfür ist vor allem die gestiegene Auftragszahl bei den gewerblichen Fällen. Auch die im Vergleich zum Vorjahr insgesamt höheren Sterbezahlen für die Monate Januar bis April führten zu Ertragssteigerungen. Die primären budgetwirksamen Aufwendungen verringern sich gegenüber dem Vorjahr um rund 13 %. Dies liegt insbesondere daran, dass im Vorjahr durch Frh sehr hohe Steuernachzahlungen für die BgA's zu entrichten waren. Im Bereich der internen Leistungsverrechnung und der Verwaltungskostenerstattungen liegen die Aufwendungen im Berichtszeitraum ebenfalls deutlich unter Vorjahresniveau. Insgesamt ergibt sich somit für den Berichtszeitraum ein deutlich besseres Gesamtergebnis, das hauptsächlich auf den Wegfall der Steuernachzahlungen zurückzuführen ist.

Stellenplanbericht

Der vorliegende Bericht enthält keine Hinweise auf wesentliche Abweichungen und Risiken im Stellenplan.

Leistungsdatenbericht

Im Berichtszeitraum sind in allen Bereichen im Vergleich zum Vorjahr steigende Zahlen zu verzeichnen. So ist die Steigerung im Bereich der Beisetzungen und Einäscherungen in etwa gleich mit der Zunahme der Sterbezahlen in Nürnberg (6 v. H.). Vor diesem Hintergrund ist allerdings eine Steigerung der Fallzahlen im gewerblichen Bereich von 12 v. H. doch sehr beachtlich.

Prognose zum Jahresergebnis

Frh prognostiziert für das Haushaltsjahr 2012, dass das Jahresergebnis bei einem Defizit von rund einer Millionen Euro liegen wird. Die positive Tendenz gegenüber den Ergebnissen der Vorjahre ist seitens Stk erkennbar. Durch niedrigere Steuerbelastungen, sowie Ertragssteigerungen durch Fallzahlsteigerungen verbessert sich das Ergebnis des Kostendeckers. Stk teilt jedoch auch die Einschätzung von Frh, dass mit der derzeitigen Höhe der Gebühren keine volle Kostendeckung erreicht werden kann. Die von Frh eingeleiteten Gegensteuerungsmaßnahmen (externes Gutachten zur Prozessoptimierung, Reduzierung der Neuinvestitionen, sowie Umsetzung einer Gebührenerhöhung) werden daher seitens Stk positiv gewertet.

Der Bericht für den Zeitraum Januar bis August ist Thema des Ältestenrates und Finanzausschusses am 24.10.2012. In der nächsten Sitzung am 25.07.2012 wird der Jahresabschluss 2012 vorgelegt.